

Frau Pipke fragt, ob es richtig sei, dass es zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht um zukünftige Ausstattungsmerkmale des ZOB gehe, sondern lediglich um die Frage, ob man die Umsetzung der Linksabbiegerspur in die Wege leiten oder weiterhin an der Kreisverkehrslösung festhalten möchte.

Erster Beigeordneter Sterzenbach erläutert, dass der eigentliche Baumaßnahmebeschluss erst später stattfinden werde. Die Vorlage sollte in erster Linie darüber unterrichten, dass das Einvernehmen des Landesbetriebes als Straßenbaulastträger zu der bislang gemeinsam verfolgten Kreisverkehrslösung auch unter Einbindung des Ministeriums nicht erreichbar sei und die Verwaltung demzufolge im weiteren Fortgang die Einmündungslösung verfolgen werde.

Frau Zorlu hält fest, sie sei überrascht gewesen, dass sich der Baubeginn noch weiter verzögere als eigentlich erwartet. Sie fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, den Ablauf zu beschleunigen.

Erster Beigeordneter Sterzenbach teilt mit, dass er da wenige Chancen sehe. Der Vorlauf sei komplex, weil die Verwaltung alle möglichen Behörden einbinden müsse. Außerdem habe man beispielweise bei den Planungsbüros sehr große Überlastungen, weswegen alles länger dauere. Und auch in der eigenen Tiefbauabteilung müsse zunächst nachgerüstet werden.